



Bundesamt für  
Verfassungsschutz

# Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)



# Arbeiterpartei Kurdistans

(PKK)

## Inhaltsverzeichnis

|     |  |    |
|-----|--|----|
| 1   | Überblick  | 5  |
| 2   | Historischer Hintergrund des Kurdenkonflikts   | 7  |
| 3   | Gründung, Ideologie und Ziele der PKK  | 8  |
| 4   | Die PKK in Deutschland und Europa  | 12 |
| 4.1 | Organisationsverbot  | 14 |
| 4.2 | Europaführung  | 17 |
| 4.3 | Medienwesen  | 18 |
| 4.4 | Nutzung des Internets  | 20 |
| 4.5 | Öffentlichkeitswirksame Aktionen   | 22 |
| 4.6 | Konfliktpotenziale und Wechselwirkungen  | 26 |
| 4.7 | Beziehungen zwischen der PKK und<br>Linksextremisten                                     | 29 |
| 4.8 | Lobbyarbeit  | 30 |
| 4.9 | Finanzierung   | 31 |
| 5   | Fazit  | 32 |
|     | Übersicht der bestandskräftigen Verbote gegen<br>PKK-Strukturen in Deutschland seit 1993 | 35 |
|     | Impressum  | 39 |



## 1 Überblick

Abdullah Öcalan gründete 1978 in der Türkei die „Arbeiterpartei Kurdistans“ („Partiya Karkerên Kurdistan“ – PKK), deren ursprüngliches Ziel in der Errichtung eines unabhängigen, sozialistisch orientierten Kurdenstaates bestand. Die Kurden sind eine eigenständige Volksgruppe, deren Sprache und Kultur sich von der türkischen unterscheidet.

Zur Durchsetzung seiner Ziele rief Öcalan 1984 zum bewaffneten Kampf auf. Über Guerillaverbände – insbesondere die „Volksverteidigungskräfte“ (HPG) – agierte die PKK in der Türkei, der nordirakischen Grenzregion sowie im Norden Syriens, wodurch eine Spirale von Gewalt und Gegengewalt zwischen der PKK und der türkischen Armee einsetzte. Vor dem Hintergrund der Verhaftung Öcalans 1999 rückte die PKK von ihrer ursprünglichen Zielsetzung ab. Statt eines kurdischen Staates wurde nun die kulturelle Autonomie und lokale Selbstverwaltung für die Kurden innerhalb der Türkei angestrebt. Öcalan wird von seinen Anhängern unverändert als unumstrittene Führungs- und Symbolfigur des kurdischen Volkes verehrt – auch wenn er seit 1999 eine lebenslange Freiheitsstrafe in der Türkei verbüßt.



Die von der Europäischen Union seit dem Jahr 2002 als Terrororganisation gelistete PKK ist in Deutschland mit etwa 14.500 Anhängern weiterhin mit Abstand die mitgliederstärkste nicht-islamistische extremistische Ausländerorganisation.

### **Die PKK nutzt das Bundesgebiet vor allem**

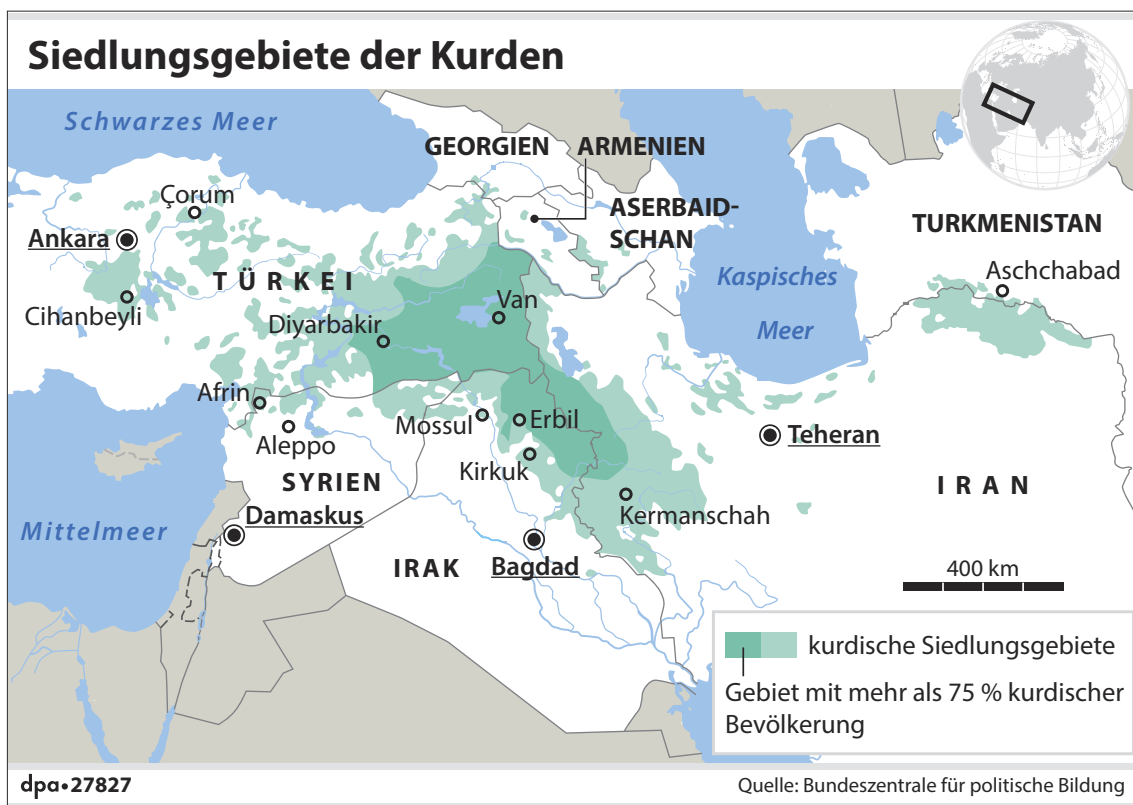
- für die Durchführung von Großveranstaltungen (Propaganda in eigener Sache, Rekrutierung neuer Anhänger),
- für die logistische und finanzielle Unterstützung der Gesamtorganisation,
- bei aktuellen Entwicklungen/Ereignissen im Kurdenkonflikt für anlassbezogene Demonstrationen und Solidaritätskundgebungen,
- für Versuche der Einflussnahme auf die deutsche Politik.

Am 22. November 1993 erließ der Bundesminister des Innern für die PKK ein Betätigungsverbot für das Bundesgebiet, dem mehrere gewaltsame Aktionswellen der PKK in Deutschland vorausgegangen waren. Das Verbot gilt ebenfalls für die Umbenennungen der PKK in „Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans“ (KADEK), „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA GEL), „Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan“ (KKK) und – aktuell – „Union der Gemeinschaften Kurdistans“ (KCK).

Seit Jahren bemüht sich die PKK in Europa um ein weitgehend gewaltfreies Erscheinungsbild. Politisch strebt sie an, als einzig legitime Vertreterin und Ansprechpartnerin in der Kurdenfrage anerkannt zu werden.

## 2 Historischer Hintergrund des Kurdenkonflikts

Vom Zerfall des Osmanischen Reiches nach dem Ende des Ersten Weltkriegs (1918) waren auch die Siedlungsgebiete der Kurden betroffen. Ein eigenständiger kurdischer Staat, der 1920 im Vertrag von Sèvres vorgesehen war, wurde 1923 mit dem Vertrag von Lausanne verworfen. Die kurdischen Siedlungsgebiete liegen seitdem in den heutigen Staaten Türkei, Irak, Iran und Syrien. Dieser Umstand führte bereits in den 1920er und 1930er Jahren zu mehreren größeren Kurden-Aufständen, welche die türkische Armee gewaltsam niederschlug.



Die türkische Republik bestritt lange Zeit die Existenz einer kurdischen Minderheit im eigenen Land. Die Vision des türkischen Staatsgründers Mustafa Kemal Atatürk (1881-1938) von einer geeinten Republik stand einer politischen und kulturellen Selbstbestimmung – insbesondere für die kurdische Minderheit – jahrzehntelang entgegen.

Die türkischen Militärputsche von 1960, 1971 und 1980 verschärften den Kurdenkonflikt zusätzlich, denn die türkische Militärjunta sah sich traditionell als Bewahrer der staatlichen Einheit im Sinne Atatürks. Bekenntnisse zu einem eigenständigen Kurdentum forderten staatliche Reaktionen heraus, welche wiederum zu einer weiteren Radikalisierung der Kurden beitrugen.

1984 begann die PKK den bewaffneten Kampf für einen unabhängigen kurdischen Staat. In den kurdischen Siedlungsgebieten im Südosten und Osten der Türkei führte diese Entwicklung zeitweise zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen.

Folge der militärischen Auseinandersetzungen waren zahlreiche Tote und die Zerstörung kurdischer Dörfer sowie der vorhandenen Wirtschafts- und Infrastrukturen. Daraufhin begann in den 1990er Jahren eine Landflucht der Kurden aus dem Osten in die westlichen Großstädte der Türkei.

Trotz einiger Zugeständnisse von türkischer Seite – überwiegend im kulturellen Bereich – bietet der Kurdenkonflikt noch immer einen ergiebigen Nährboden für extremistische und terroristische Bestrebungen.

### 3 Gründung, Ideologie und Ziele der PKK



Die Geschichte der PKK ist eng mit der Person ihres Gründers Abdullah Öcalan verbunden. 1949 in der Türkei geboren, wurde und wird er von seinen Anhängern als „Apo“ (kurdisch für „Onkel“) verehrt. Bereits während seines Studiums der Politikwissenschaften beeinflussten ihn linksextremistische Organisationen.

Die PKK ging aus einer 1974 entstandenen Gruppe um Öcalan und Mazlum Doğan<sup>1</sup> hervor. Öcalan und einige seiner Vertrauten verabschiedeten auf dem PKK-Gründungskongress 1978 ein von marxistisch-leninistischen sowie nationalen Grundsät-

1 Der PKK-Funktionär Mazlum Doğan, der innerhalb der Organisation als Märtyrer verehrt wird, starb 1982 in türkischer Haft. Er ist Namensgeber des „Mazlum Doğan Jugend-, Kultur- und Sportfestivals“, das von der PKK jährlich – oftmals auch in Deutschland – veranstaltet wird.



zen geprägtes Manifest. In diesem stellte sich die PKK als revolutionäre Partei des Proletariats und der Bauern auf Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus dar. Heutzutage werden Attraktivität und Erfolg der PKK hauptsächlich durch Elemente getragen, die vom Islam, diversen Stammes- und Clanstrukturen sowie strengen Wert-, Moral- und Ehrvorstellungen abgeleitet sind. Im Laufe der Zeit rückte die PKK auch von der Rhetorik des dogmatischen Marxismus und der Forderung nach Klassenkampf ab.

Die Organisation bekannte sich schon früh und ausdrücklich zu „revolutionärer Gewalt“. Bereits in ihrem ersten Manifest rief die PKK dazu auf, „Kurdistan vom imperialistischen und kolonialistischen System zu befreien und in einem einheitlichen Kurdistan eine demokratische Volksdiktatur zu gründen“. Damit war der sogenannte nationale Befreiungskampf für eine universale klassenlose Gesellschaft in einem unabhängigen, sozialistischen Kurdistan erklärtes Ziel der PKK. Hauptgegner waren und sind der türkische Staat sowie dessen kurdische „feudale Kollaborateure“.

Der militärische Arm der PKK begann am 15. August 1984 im Südosten der Türkei einen Guerillakrieg, um die Vision eines unabhängigen Kurdenstaates gewaltsam umzusetzen. Vorausgegangen waren Auseinandersetzungen mit anderen kurdischen bzw. linksgerichteten Organisationen und kurdischen Landbesitzern in der Türkei.

Bis heute stellt die Verhaftung Öcalans am 15. Februar 1999 durch den türkischen Geheimdienst in Kenia einen gravierenden Einschnitt in der Geschichte der PKK dar. Unter dem Druck eines drohenden Todesurteils<sup>2</sup> nahm Öcalan mit einem zweiten Manifest Abstand von der Bildung eines eigenständigen Kurdenstaates mit Hilfe des bewaffneten Kampfes. Im August 1999 erklärte er den bewaffneten Kampf der PKK schließlich für beendet.

2 Öcalan wurde im Juni 1999 in der Türkei wegen Hochverrats zum Tode verurteilt. Im Jahr 2002 wurde das Strafmaß in eine lebenslange Freiheitsstrafe umgewandelt. Seitdem verbüßt er seine Haftstrafe auf der türkischen Gefängnisinsel Imralı.



Daraufhin zogen sich die meisten PKK-Guerillaeinheiten nach und nach aus der Türkei zurück. Sie halten sich seitdem überwiegend in von Kurden autonom verwalteten Gebieten im benachbarten Nordirak auf. Von dort dringen sie immer wieder in türkisches Staatsgebiet ein und provozieren dadurch bewaffnete Auseinandersetzungen mit der türkischen Armee.

Im Jahr 2000 bestätigte die PKK die Grundsätze ihres zweiten Manifests. Die Beschlüsse sahen eine „Demokratisierung“ innerhalb der PKK und die Wandlung hin zu einer „legalen Organisation“ vor. Darüber hinaus folgten einige Umbenennungen.

### **Umbenennungen der PKK**

- 2002 in „Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans“ (KADEK)
- 2003 in „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA GEL)

Dieser sogenannte Volkskongress sollte als demokratische Massenorganisation die bisherige Kaderpartei ablösen. Auch nach der nächsten Umbenennung blieb

der KONGRA GEL als Dachverband erhalten, um möglichst viele kurdische Strömungen einzubinden.

2005 in „Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan“ (KKK)

In dem KKK-Abkommen ist festgelegt, dass die demokratische Autonomie dem Grundsatz folgen sollte, sich mit den Nationalstaaten zu einigen und damit von der Idee eines eigenen Staates Abstand zu nehmen. Die Idee zielte auf einen föderalen Verbund der kurdischen Siedlungsgebiete ab. Sollte keine Einigung mit den Staaten erfolgen, würde die demokratische Autonomie einseitig umgesetzt werden. Damit ist die Gründung eines eigenen Staates gemeint.

2007 in „Union der Gemeinschaften Kurdistans“ (KCK)

Mithilfe der Umbenennungen wollte die PKK den Eindruck einer politischen Neuausrichtung erwecken, um sich vom Makel einer Terrororganisation zu befreien. Die häufigen Namenswechsel haben allerdings nichts mit einer tatsächlichen Neuausrichtung zu tun, sondern sollen die PKK vor allem dem internationalen Verfolgungsdruck entziehen. Vor diesem Hintergrund sind auch die scheinbaren Demokratisierungsbemühungen zu verstehen: Trotz der mehrfachen Ankündigung, interne demokratische Strukturen einzuführen, hält die Organisation an einem strikt hierarchischen Kaderaufbau mit einer autoritären Führung fest. Demokratisierungsansätze wurden bislang weder strukturell noch personell realisiert.

Zu den zentralen Forderungen der PKK gehören die Anerkennung der kurdischen Identität sowie eine politische und kulturelle Autonomie der Kurden unter Aufrechterhaltung nationaler Grenzen. Es ist wahrscheinlich, dass die PKK noch immer die

Gründung eines eigenen Staates anstrebt, dies aktuell jedoch aus taktischen Gründen nicht offensiv vorantreibt.

Die PKK versucht ihre Ziele nach wie vor mithilfe von schweren Gewalttaten, einschließlich der Tötung von Menschen, zu erreichen. Im März 2013 kündigte sie Friedensverhandlungen und einen Waffenstillstand an. Sie behielt sich aber in Erklärungen ihrer führenden Funktionäre vor, jederzeit – selbst während der Verhandlungen – wieder auf gewaltsame Mittel wie Anschläge zurückzugreifen. Damit unterscheidet sich das derzeitige Verhalten der PKK nicht von dem in der Vergangenheit, in der sie bereits mehrfach einseitig Waffenstillstände mit denselben Vorbehalten verkündet hatte und stets wieder zur Anwendung von Gewalt zurückgekehrt war.

## 4 Die PKK in Deutschland und Europa

In Europa hat die PKK in den vergangenen Jahren ebenfalls mehrere Namensänderungen vorgenommen. Sie wollte damit nach außen hin den Eindruck einer politischen und demokratischen Neuausrichtung erwecken und nicht mehr als Terrororganisation wahrgenommen werden. Doch auch hier hält sie trotz mehrfacher Ankündigung, interne demokratische Strukturen einzuführen, an ihrer autoritären Führung und dem Kaderprinzip fest.

Bei den PKK-Strukturen in Europa handelt es sich nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (BGH) vom 28. Oktober 2010 weder um organisatorisch selbstständige (Teil-)Vereinigungen noch sind sie in ihrem Wirkungsprozess von der ausländischen Hauptorganisation PKK unabhängig. Zum einen sind sie nahtlos in den PKK-Aufbau eingegliedert, zum anderen werden auch die politisch-ideologischen Zielsetzungen und die Art und Weise ihrer Umsetzung von der PKK-Führungsspitze vorgegeben und sind für die Strukturen der Organisation im Ausland verbindlich. Deren eigenverant-

wortlicher Entscheidungsspielraum ist somit äußerst gering und bewegt sich ausschließlich im Rahmen der vorgegebenen Weisungen. Zudem gab der BGH in diesem Urteil seine bisherige Rechtsprechung auf und stellte fest, dass es sich bei der PKK insgesamt um eine terroristische Vereinigung im Ausland handelt (§§ 129a, 129b StGB). Seitdem werden hochrangige PKK-Funktionäre regelmäßig wegen Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung verurteilt.

Derzeit ist Deutschland von der PKK in neun Regionen („Eyalet“) mit insgesamt 31 Gebieten („Bölge“) eingeteilt, an deren Spitze jeweils ein Führungsfunktionär steht. Dieser leitet organisationsinterne Anweisungen und Vorgaben an nachgeordnete Ebenen weiter. In aller Regel ist die Tätigkeit der konspirativ handelnden Führungsfunktionäre zeitlich begrenzt.

Für die Umsetzung von Vorgaben der europäischen Führungsspitze und für den Informationsfluss zur Basis bedient sich die PKK überwiegend der örtlichen kurdischen Vereine in Deutschland. Sie dienen den Anhängern der Organisation zugleich als Treffpunkte und Anlaufstellen. Als Dachverband dieser Vereine fungiert das „Demokratische Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland e.V.“ (NAV-DEM)<sup>3</sup>. Der Dachverband ist ein Beispiel für eine vom BGH beschriebene unselbstständige (Teil-)Vereinigung der PKK.

Die unterschiedlichen Organisationsbezeichnungen auf europäischer und nationaler Ebene vermitteln eine Trennung von Aufgaben und Zuständigkeiten, die in der Praxis jedoch nicht durchgehalten wird. Vielmehr ist ein systematisches Ineinanderlaufen von Zuständigkeiten und Einflusslinien festzustellen, um die Dominanz der PKK-Europaführung und die Durchsetzung ihrer Weisungen unter allen Umständen sicherzustellen.

Durch eine aktive Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sowie den Aufbau von Kontakten zu politischen Entscheidungsträgern bemüht sich NAV-DEM, weitere Unterstützung für PKK-

<sup>3</sup> NAV-DEM ging aus einer im Juni 2014 erfolgten Umbenennung der „Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland e.V.“ (YEK-KOM) hervor.

Anliegen zu erhalten. Zusätzlich versucht die PKK, ihre Politik mithilfe sogenannter Massenorganisationen zu popularisieren. Darin organisiert sie ihre Anhänger nach sozialen Kriterien oder nach Berufs- und Interessengruppen. So sollen möglichst alle Lebensbereiche abgedeckt und der Alleinvertretungsanspruch der PKK für alle Kurden zementiert werden.

### **Massenorganisationen der PKK**

(Aufzählung nicht abschließend)

- „Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland e.V.“ (NAV-DEM) einschließlich der angeschlossenen örtlichen Vereine
- Jugendorganisation „Komalên Ciwan“ bzw. die europäische Jugenddachorganisation „Tevgera Ciwanên Şoreşger“<sup>4</sup>
- „Kurdische Frauenbewegung in Europa“ (AKKH/TJK-E)
- „Verband der Studierenden aus Kurdistan“ (YXK)
- „Islamische Gemeinde Kurdistans“ (CIK)
- „Föderation der demokratischen Aleviten e.V.“ (FEDA)
- „Zentralverband der Êzidischen Vereine e.V.“ (NAV-YEK)

## **4.1 Organisationsverbot**

Die Aktivitäten der PKK einschließlich ihrer Teilorganisation „Nationale Befreiungsfront Kurdistans“ (ERNK), die zur Organisation der in Europa lebenden Anhänger im Jahr 1985 gegründet worden war, führten zu dem mit Verfügung des Bundesmi-

<sup>4</sup> Die PKK-Jugendorganisation „Komalên Ciwan“ hatte auf einer Europakonferenz im April 2013 die europäische Dachorganisation „Bewegung der freien Jugend Kurdistans“ („Ciwanên Azad“) gegründet. Im Oktober 2018 wurde der neue Dachverband jugendlicher PKK-Anhänger „Tevgera Ciwanên Şoreşger“ gegründet.

nisters des Innern vom 22. November 1993 erlassenen Betätigungsverbot nach § 18 Satz 2 VereinsG.

Der verfügende Teil des Verbots lautet auszugsweise wie folgt:

*„1. Die Tätigkeit der ‚Arbeiterpartei Kurdistans‘ (PKK) einschließlich ihrer Teilorganisationen ‚Nationale Befreiungsfront Kurdistans‘ (ERNK), [...] verstößt gegen Strafgesetze, richtet sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung, gefährdet die innere Sicherheit, die öffentliche Ordnung und sonstige erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland.*

*[...]*

*9. Es ist verboten, Kennzeichen der verbotenen Vereine für die Dauer der Vollziehbarkeit des Verbots öffentlich, in einer Versammlung oder in Schriften, Ton- und Bildträgern, Abbildungen oder Darstellungen, die verbreitet werden oder zur Verbreitung bestimmt sind, zu verwenden.“<sup>5</sup>*

Zuvor war das Bundesgebiet zum Schauplatz von erheblicher öffentlicher Gewalt geworden: Im Juni 1993 verübten PKK-Aktivisten nahezu zeitgleich in verschiedenen Städten Deutschlands rund 60 Überfälle und Brandanschläge auf türkische diplomatische Vertretungen sowie Banken, Reisebüros, Gaststätten und Vereinslokale. Bei den Anschlägen wurden ein türkischer Staatsbürger getötet und mehrere Personen verletzt. Der schwerwiegendste Zwischenfall ereignete sich am 24. Juni 1993 in München, als 13 bewaffnete mutmaßliche PKK-Aktivisten überfallartig in das türkische Generalkonsulat eindringen und mehrere Konsulatsangehörige und Besucher als Geiseln nahmen. Die Besetzer forderten eine öffentliche Erklärung des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl, in der die „Kriegshandlungen“ der türkischen Regierung gegen die Kurden verurteilt werden sollten. Sie drohten, andernfalls Geiseln zu erschießen

5 BAnz. 1993, S. 10313 f; bestandskräftig seit dem 26. März 1994 (BAnz. 1994, S. 6629f.).

und das Konsulatsgebäude zu sprengen, falls eine polizeiliche Befreiungsaktion versucht werden sollte. Nach 14 Stunden ließen die Täter die letzten Geiseln frei und gaben die Besetzung des Generalkonsulats auf, ohne dass ihre Forderung erfüllt worden wäre.

Das Betätigungsverbot für die PKK in Deutschland erstreckt sich ebenfalls auf die späteren Umbenennungen der Organisation (KADEK, KONGRA GEL, KKK, KCK). Das Verbot umfasst sowohl alle im Jahr 1993 benutzten Symbole als auch alle später aufgrund von Umbenennungen neu hinzugetretenen Kennzeichen der PKK. Zuletzt aktualisierte das Bundesministerium des Innern (BMI) die Bewertung der derzeit verwendeten Organisationsbezeichnungen und der hieraus folgenden Kennzeichen der PKK mit einem Rundschreiben vom 12. Februar 2018.



Die PKK weicht inzwischen zunehmend auf Fahnen mit dem Abbild des PKK-Gründers Öcalan aus. Aufgrund eines erheblichen Emotionalisierungseffektes bei Versammlungen sind solche Fahnen in besonderer Weise dazu geeignet, den Zusammenhalt der in Deutschland verbotenen PKK zu fördern und diesen Zusammenhalt nach außen hin unübersehbar zu demonstrieren, weshalb sie ebenfalls dem Verbot unterliegen. Das Oberverwaltungsgericht Münster bestätigte mit Beschluss vom



3. November 2017 die Rechtsauffassung, wonach Kennzeichen mit dem Abbild des PKK-Führers Abdullah Öcalan regelmäßig dem Kennzeichenverbot nach Nr. 9 der PKK-Verbotsverfügung vom 22. November 1993 unterfallen.

Das Verbot erstreckt sich ebenfalls auf die zahlreichen Unter- und Teilorganisationen im Einflussbereich der PKK – trotz ihrer scheinbaren organisatorischen Selbstständigkeit.

## 4.2 Europaführung

Schon wenige Jahre nach ihrer Gründung verlegte die PKK aufgrund des massiven Verfolgungsdrucks in der Türkei zahlreiche Aktivitäten nach Deutschland und in andere Regionen Westeuropas mit hohem kurdischstämmigen Bevölkerungsanteil. Zur Organisation der in Europa lebenden Anhänger gründete die PKK im Jahre 1985 die ERNK. Diese schuf unter fortschreitender Professionalisierung ihrer Funktionäre eine alle Lebensbereiche erfassende, nahezu flächendeckende Organisationsstruktur, durch die sie eine große Zahl der hier lebenden Kurden an sich binden konnte.

Im Jahr 2000 wurde die ERNK in „Kurdische Demokratische Volksunion“ (YDK) umbenannt. An deren Stelle trat im Jahr 2004 die „Koordination der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa“ (CDK), die bis 2013 die strukturelle und personelle Basis für die europäischen Aktivitäten der PKK bildete. Im Zuge der 2013 eingeleiteten Neustrukturierung der PKK in Europa hatte sich der europäische Dachverband PKK-naher Vereine „Konföderation der kurdischen Vereine in Europa“ (KON-KURD) mit der CDK unter dem neuen Namen „Kongress der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa“ (KCD-E) zur neuen PKK-Europaführung zusammengeschlossen. Auf dem Jahreskongress 2016 erfolgte die Umbenennung des KCD-E in „Kongress der kurdisch-demokratischen Gesellschaft Kurdistans in Europa“ (KCDK-E).



Die Führungsstrukturen der PKK-Europaführung befinden sich vorwiegend in den westlichen Nachbarländern Deutschlands. Die Europaführung setzt die verantwortlichen Kader in Deutschland ein. Zudem leiten die Funktionäre organisationsinterne Anweisungen und Vorgaben an ihre in Deutschland nachgeordneten Ebenen weiter.

Zu den wesentlichen Aufgaben der in Deutschland und auch in den anderen europäischen Staaten eingesetzten Kader gehören:

- die Beschaffung von Finanzmitteln,
- öffentlichkeitswirksame Aktionen zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Sinne der PKK sowie
- die Rekrutierung von Nachwuchs für den Kaderapparat und die Guerillakräfte im Kampfgebiet.

Dabei müssen die Kader die Vorgaben der Europaführung umsetzen und dieser bezüglich der Erfüllung ihrer Aufgaben regelmäßig Bericht erstatten.

### 4.3 Medienwesen

Die PKK hat einen Apparat von eigenen und organisationsnahen Medien und Medienunternehmen aufgebaut, um die Sichtweise der Organisation nach außen zu vermitteln. Damit ist sie

über die eigene Anhängerschaft hinaus präsent und stärkt ihren Anspruch, alleinige Vertreterin kurdischer Interessen zu sein. Im Rahmen einer länderübergreifenden Propaganda dienen die Informationen über die politische, gesellschaftliche und kulturelle Situation in den kurdischen Siedlungsgebieten auch der Mobilisierung im Sinne der PKK. Die zahlreichen kurdischstämmigen Personen in Deutschland werden aufgefordert, an Demonstrationen und Veranstaltungen teilzunehmen und damit den Alleinvertretungsanspruch der PKK anzuerkennen.

Ein Eckpfeiler der PKK-Informationspolitik ist die PKK-Nachrichtenagentur „Ajansa Nûçeyan a Firatê“ (ANF) mit Sitz in den Niederlanden. Anspruch der ANF ist es, die kurdische Presse durch ein Korrespondentennetz in der Türkei, im Iran, Irak und in Syrien sowie in den europäischen Staaten zu repräsentieren. Sie berichtet täglich in türkischer, kurdischer, englischer, deutscher, russischer, spanischer, arabischer und persischer Sprache über aktuelle Ereignisse und Vorkommnisse in den kurdischen Siedlungsgebieten.

Als einzige nichtislamistische ausländerextremistische Organisation in Deutschland verfügt die PKK über eine eigene Tageszeitung. Die im hessischen Neu-Isenburg herausgegebene und in ganz Europa vertriebene „Yeni Özgür Politika“ erscheint in einer Auflage von etwa 10.000 Exemplaren. Die monatlich publizierte und in den Niederlanden verlegte PKK-Zeitung „Serxwebûn“ vermittelt PKK-Kadern insbesondere die theoretischen und ideologischen Grundlagen der Organisation.

Zur Verbreitung von Ideologie und Propaganda steht der PKK zudem die „Mezopotamien Verlag und Vertrieb GmbH“ im nordrhein-westfälischen Neuss zur Verfügung. Der Verlag bietet hauptsächlich Publikationen des PKK-Führers Öcalan an – auch in deutscher Sprache. Gesellschaftsrechtlich verflochten mit ihr ist die ebenfalls in Neuss ansässige „MIR Multimedia GmbH“.

Darüber hinaus verbreitet die PKK ihre Propaganda insbesondere über den in Norwegen angesiedelten Satelliten-Fernsehsender „Sterk TV“, der sein Programm in kurdischer Sprache ausstrahlt.

#### 4.4 Nutzung des Internets

Die PKK indoktriniert und rekrutiert auch in Deutschland Anhänger für den bewaffneten Kampf. Eine zentrale Rolle spielt dabei das Internet. Hier können potenziell Interessierte leicht Informationen zur Ausreise in die Konfliktgebiete finden und sich austauschen.

Maßgeblich verantwortlich für die Rekrutierungsaktivitäten in Deutschland und Europa ist die Jugendorganisation „Komalên Ciwan“/„Tevgera Ciwanên Şoreşger“. In Aufrufen der PKK werden insbesondere Jugendliche dazu aufgefordert, sich den bewaffneten PKK-Einheiten in Syrien, dem Irak beziehungsweise der Türkei anzuschließen, um ihre „Heimat“ zu verteidigen.

Anfang Juni 2018 hat die PKK beispielsweise die Aktion „lebende Schutzschilde“ („living shields“) initiiert, die der koordinierten Ausreise von solchen Jugendlichen aus Europa in die kurdischen Kampfgebiete dient. Die Aktion hat als Zeichen der Solidarität das Ziel, eine „Gegenöffentlichkeit“ zu der türkischen Berichterstattung über Militäroperationen der türkischen Armee zu liefern und auf die Situation vor Ort aufmerksam zu machen.

Die rekrutierten Jugendlichen werden durch PKK-Kader auf ihre Tauglichkeit für den bewaffneten Kampf geprüft. Ein Teil von ihnen reist später tatsächlich in den Nordirak aus. Von dort werden die Freiwilligen weiter in ihre jeweiligen Zielgebiete gebracht.

Insgesamt wurden seit Juni 2013 fast 370 Rekrutierungs- und mehr als 250 Ausreisefälle bekannt. Von den Ausgereisten sind zwischenzeitlich 21 getötet worden und fast 130 Personen in

das Bundesgebiet zurückgekehrt.<sup>6</sup> Die Mehrheit der Interessenten bietet sich der Organisation selbst an und wendet sich hierzu in der Regel an die örtlichen Vereine der PKK. In einigen Fällen erfolgt aber auch eine aktive Anwerbung durch Führungskader der PKK-Jugendorganisation.



Neben der Verwendung zu Rekrutierungszwecken spielt das Internet für die PKK generell eine wichtige Rolle. Vor allem ihre jugendliche Anhängerschaft nutzt neben klassischen Websites auch Videoportale wie YouTube – beispielsweise zur Verbreitung von Propagandavideos über die Guerillaeinheiten der Organisation.

Am wichtigsten sind aktuell die Aktivitäten in sozialen Netzwerken, wobei Facebook das Hauptmedium darstellt. Auf diesem Wege werden zum einen eigene Anhänger kurzfristig und überregional für Demonstrationen oder sonstige Protestaktionen mobilisiert. Zum anderen dient das Internet der allgemeinen Emotionalisierung der eigenen Anhängerschaft sowie in gleicher Weise der Diffamierung des politischen Gegners. Fast

alle Teilorganisationen der PKK pflegen eine oder mehrere Internetpräsenzen. Inzwischen betreiben einige Teilorganisationen der „Komalên Ciwan“ zudem eigene Gruppen auf Facebook, in denen zeitnah Informationen und Meinungen ausgetauscht werden. Dies geschieht sowohl in offenen als auch in nur für entsprechend legitimierte Anhänger zugänglichen Gruppen.

Bei der (Online-)Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner wendet sich die PKK in erster Linie gegen rechtsextremistisch bzw. nationalistisch eingestellte Türken, wie die Anhänger der „Ülkücü“-Bewegung, aber auch gegen den türkischen Staat selbst. Türkische Nationalisten betrachten ihrerseits insbesondere die PKK und deren Anhänger als ideologisch begründete Feinde. Daher kommt es regelmäßig – vor allem in sozialen Netzwerken – zu Beschimpfungen und gegenseitigen Provokationen zwischen jugendlichen Anhängern beider Lager. Die Anonymität des Internets verführt die Nutzer zwar häufig zu verbalen Attacken und Drohungen, diese werden jedoch selten in die Tat umgesetzt.

#### **4.5 Öffentlichkeitswirksame Aktionen**

Mit öffentlichkeitswirksamen, zentral gesteuerten Propagandaaktivitäten versucht die PKK regelmäßig, ihren Anliegen in Deutschland und Europa Geltung zu verschaffen. Das Schicksal des in der Türkei inhaftierten Anführers Öcalan, das militärische Vorgehen des türkischen Staates in den kurdischen Siedlungsgebieten sowie staatliche Maßnahmen gegen die PKK und ihr nahestehende Organisationen bleiben dabei die zentralen Themen. Schwerpunkt der Aktivitäten sind Demonstrationen und Kundgebungen. Daneben initiiert die Organisation regelmäßig Podiumsdiskussionen, Unterschriftenkampagnen, Hungerstreiks und Mahnwachen. Auf diese Weise gelingt es der PKK, ihre Anhängerschaft in hohem Maße zu mobilisieren.



So wurden beispielsweise folgende Großveranstaltungen von NAV-DEM organisiert:

- das „25. Internationale Kurdische Kulturfestival“ unter dem Motto „Freiheit für Öcalan, Status für Kurdistan, Demokratie für den Mittleren Osten“ am 16. September 2017 in Köln (14.000 Teilnehmer),
- eine Großkundgebung zum kurdischen Neujahrsfest „Newroz“ unter dem Motto „Newroz heißt Widerstand – der Widerstand heißt Afrin“ am 17. März 2018 in Hannover (11.000 Teilnehmer).

### PKK-Jahreskalender

(wiederkehrende Anlässe für Versammlungen – Beispiele)

|              |   |
|--------------|---|
| 15. Februar  | Verhaftung von Abdullah Öcalan in Kenia (1999)                |
| 21. März     | Kurdisches Neujahrsfest „Newroz“ <sup>7</sup>                 |
| 4. April     | Geburtstag von Abdullah Öcalan (1949)                         |
| 15. August   | Aufnahme des bewaffneten Kampfes in der Türkei (1984)         |
| im September | „Internationales Kurdisches Kulturfestival“ (seit 1992)       |
| 9. Oktober   | Ausweisung von Abdullah Öcalan aus Syrien (1998) <sup>8</sup> |
| 22. November | Verbot der PKK in Deutschland (1993)                          |
| 27. November | Gründung der PKK (1978)                                       |

7 Mit dem kurdischen Neujahrsfest „Newroz“ wird neben dem Beginn eines neuen Jahres der Frühlingsanfang gefeiert. „Newroz“ wird aber auch als Fest des Widerstands gegen Tyrannei und als Symbol für den kurdischen Freiheitskampf verstanden. Die PKK nutzt dieses Fest, um kurdische Volkszugehörige auf die politischen Anliegen der Organisation aufmerksam zu machen, die Bindung der Anhängerschaft an die Organisation zu stärken, neue Anhänger zu werben sowie als Treffpunkt für hochrangige Kaderfunktionäre.

8 Am 9. Oktober 1998 hatte Öcalan nach einer Intervention der Türkei sein langjähriges Exil in der syrischen Hauptstadt Damaskus aufgeben müssen. Nachdem er mehrere europäische Staaten und daneben auch die Russische Föderation vergeblich um Aufnahme ersucht hatte, wurde er im Februar 1999 in Kenia von türkischen Sicherheitskräften festgenommen und in der Türkei vor Gericht gestellt. Seine Verurteilung erfolgte am 29. Juni 1999. Nach Auffassung der PKK stellt der Tag der Ausweisung Öcalans aus Syrien den Beginn eines „internationalen Komplotts“ dar, das schließlich zu seiner Festnahme und Verurteilung geführt habe.



Im Rahmen solcher Veranstaltungen waren in den vergangenen Jahren wiederholt gewalttätige Ausschreitungen zu beobachten:

- Am 8. September 2012 griffen am Rande des „Internationalen Kurdischen Kulturfestivals“ im baden-württembergischen Mannheim, an dem etwa 40.000 Besucher teilnahmen, Festivalteilnehmer die Polizei an. Daran beteiligten sich bis zu 1.500 zumeist kurdische Jugendliche. Tausende weitere Teilnehmer applaudierten ihnen. Insgesamt wurden 80 Polizisten verletzt. Ein solcher massenhafter Ausbruch von Gewalt durch Anhänger der PKK in Deutschland war zuletzt im Jahre 1999 nach der Verhaftung Öcalans festzustellen. Dass sich Derartiges mehr als ein Jahrzehnt später erneut ereignen konnte, verdeutlicht die noch immer vorhandene Gewaltaffinität insbesondere jugendlicher PKK-Anhänger in Deutschland.
- Im Rahmen einer von NAV-DEM angemeldeten Demonstration von etwa 6.000 PKK-Anhängern am 4. November 2017 in Düsseldorf kam es ebenfalls zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Während der Veranstaltung wurde entgegen polizeilicher Auflagen eine Vielzahl verbotener Flaggen, Fahnen und Abbilder Öcalans gezeigt. Nachdem die Einsatzkräfte den Demonstrationsaufzug gestoppt hatten, verübten Demonstrationsteilnehmer tätliche Angriffe auf die Beamten. Zwölf Polizisten wurden dabei verletzt.

Angehörige der PKK-Jugendorganisation „Komalên Ciwan“/„Tevgera Ciwanên Şoreşger“ richteten zudem anlassbezogene Spontankundgebungen aus. Oftmals waren diese mit einem widerrechtlichen Eindringen verbunden und wurden

seitens der Organisation als „Besetzung“ bezeichnet. Im Regelfall verliefen sie jedoch gewaltfrei.

#### 4.6 Konfliktpotenziale und Wechselwirkungen

Politik, Strategie und Aktionen der PKK werden entscheidend von den aktuellen Ereignissen in den kurdischen Siedlungsgebieten bestimmt. Daher haben Geschehnisse und krisenhafte Entwicklungen in der Türkei stets unmittelbare Auswirkungen auf die Sicherheitslage in der Bundesrepublik. Infolge innertürkischer Konflikte nahmen in den letzten Jahren auch in Deutschland die Spannungen zwischen nationalistischen bzw. rechtsextremistischen türkischstämmigen Personen und Anhängern der PKK wieder zu.

So lösten folgende Ereignisse teilweise hochemotionale Reaktionen bei den im Bundesgebiet lebenden Anhängern der PKK bzw. denen des rechtsextremistischen/nationalistischen türkischen Spektrums aus:

- die Verhaftungen von prokurdischen, der PKK-nahestehenden Politikern in der Türkei (2016),
- das Verfassungsreferendum in der Türkei (2017),
- das militärische Vorgehen der türkischen Armee gegen die PKK bzw. die „Partei der Demokratischen Union“ (PYD) – zum Beispiel in der nordsyrischen Region Afrin (2018).

Ein permanent wiederkehrendes Potenzial für gewalttätige Konfrontationen bieten darüber hinaus die zahlreichen Kundgebungen zur Sicherheitslage in der Türkei. Diese werden vom jeweiligen politischen Gegner als Provokation empfunden und führen oftmals zu erhöhter Emotionalisierung sowie gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern beider Lager in Deutschland. Schlimmstenfalls müssen dabei selbst Todesopfer einkalkuliert werden:

- Während einer Demonstration von rund 600 nationalistischen Türken am 12. September 2015 in Hannover eskalierten gewalttätige Auseinandersetzungen mit kurdischen Gegendemonstranten. Ein kurdischer Demonstrant wurde durch Messerstiche schwer verletzt.
- In Frankfurt am Main trafen am 29. Oktober 2016 im Nachgang zu einer friedlich verlaufenen prokurdischen Demonstration eine kurdisch- und eine türkischstämmige Personengruppe aufeinander. Die zunächst verbalen Auseinandersetzungen eskalierten, als mindestens zwei Personen aus dem kurdischen Lager Stichwaffen einsetzten. In der Folge wurden vier Personen türkischer Herkunft zum Teil lebensgefährlich verletzt.
- Im Rahmen einer prokurdischen Kundgebung am 11. März 2018 im niedersächsischen Oldenburg übergoss sich eine Person augenscheinlich mit Benzin. Eine Selbst-Entzündung konnte jedoch durch Demonstrationsteilnehmer verhindert werden. Laut Polizeiangaben handelte es sich bei der Person um einen jungen Mann, dessen Eltern kurz zuvor bei den Kämpfen um Afrin ums Leben gekommen waren.

Entlang dieser Konfliktlinie gab es in der Vergangenheit auch immer wieder militante Aktionen gegen türkische Interessen in Deutschland. Für diese sind vor allem Angehörige der PKK-Jugendorganisation verantwortlich. Sie agieren normalerweise im Geheimen in Kleingruppen und fokussieren sich auf türkische Einrichtungen. Meist findet keine langfristige akribische Planungsphase statt, vielmehr wird nach erfolgter spontaner Zielauswahl im Rahmen der eigenen Fähigkeiten die konkrete Tat vorbereitet und durchgeführt:

- Im nordhessischen Kassel wurde am 20./21. Januar 2018 ein Farbarschlag auf ein Gebäude verübt, in dem sich sowohl eine türkische Moschee als auch ein Verein befinden, welcher der türkisch-rechtsextremistischen „Ülkücü“-Bewegung zugerechnet wird.
- Im Nachgang einer Demonstration am 22. Januar 2018 im nordrhein-westfälischen Minden warfen verummte Personen mit Steinen und Farbe Fensterscheiben des Vereins „DITIB<sup>9</sup> Türkisch-Islamische Gemeinde zu Minden e.V.“ ein. Zudem sprühten die Täter den Slogan „AFRIN ICIN INTIKAM SERI HILDE“ („Erhebt Euch als Rache für Afrin“) auf die Fensterfront. Auf der Website „de.indymedia“<sup>10</sup> sowie auf der Website der PKK-Jugendorganisation<sup>11</sup> erklärte sich ein „Rachekommando Sehid Delal Amed“<sup>12</sup> für die Tat verantwortlich:

*„DITIB sind die direkten Vertreter des AKP-Regimes in Deutschland und damit unser Angriffsziel. [...] Wir rufen alle RevolutionärInnen und aufrechten InternationalistInnen dazu auf selbst Aktionen durchzuführen und die Institutionen [sic] des türkischen Faschismus und seiner deutschen Komplizen hier zum Ziel zu nehmen.“*

- Am 19. März 2018 warfen mutmaßlich syrische Kurden im baden-württembergischen Ulm mehrere Brandsätze auf ein Gebäude der „Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş“ (IGMG). Rußantragungen an der Gebäudefassade waren die einzigen Schäden.

9 „Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.“

10 „Minden/NRW – Angriff auf DITIB Moschee – Rache für Afrin“ vom 22. Januar 2018, in: <https://de.indymedia.org>; abgerufen am 23. Januar 2018.

11 „DITIB Zentrum in Minden angegriffen – Rache für Afrin“ vom 22. Januar 2018, in: <http://rojaciwan.eu>; abgerufen am 23. Januar 2018.

12 Das Bekenntnis des Rachekommandos nimmt Bezug auf die „Märtyrerin“ Delal Amed. Die Guerillakommandantin war 2017 durch türkisches Bombardement ums Leben gekommen.

## 4.7 Beziehungen zwischen der PKK und Linksextremisten

Zwischen der PKK und deutschen linksextremistischen Gruppen bestehen seit Jahren Wechselwirkungen und ideologische Gemeinsamkeiten. Die PKK wird von derartigen Organisationen punktuell propagandistisch und solidarisch unterstützt. Dies erfolgt vornehmlich dann, wenn sich Themen des linksextremistischen Spektrums mit denen der PKK überschneiden.

Deutsche Linksextremisten solidarisieren sich traditionell mit „Bewegungen“, die behaupten, für die „Befreiung unterdrückter Völker von kolonialistischen Ausbeutern“ oder gegen den westlichen „Imperialismus“ zu kämpfen. Diese Solidarität bezieht sich auch auf die kurdischen Autonomiebestrebungen und insbesondere auf die Ziele der PKK sowie ihr nahestehender Organisationen und Gruppierungen. Ihren Ursprung hat diese „Kurdistan-solidarität“ in ideologischen Überschneidungen zwischen deutschen Linksextremisten und PKK-Anhängern sowie in einem internationalistischen Selbstverständnis deutscher Linksextremisten, die sich als Unterstützer revolutionärer Bewegungen in anderen Teilen der Welt sehen.



Bereits im Mai 2010 wurde auf Initiative von PKK-Organisationen und deutschen linksextremistischen Gruppierungen eine bundesweite Kampagne unter der Bezeichnung „TATORT Kurdistan“ gegründet. Ziel war es, angebliche Verwicklungen deutscher Behörden und der Industrie in den „Krieg der Türkei gegen die kurdische Zivilbevölkerung“ aufzuzeigen sowie die Aufhebung des Betätigungsverbots der PKK in Deutschland zu

bewirken. Darüber hinaus werden immer wieder das angeblich repressive staatliche Vorgehen gegen Aktivisten der PKK in Deutschland thematisch aufgegriffen und anlassbezogen entsprechende Protestkundgebungen durchgeführt.



Die militärische Intervention der türkischen Armee in der syrischen Region Afrin im Januar 2018 verstärkte die Zusammenarbeit beider Spektren erneut. So wurde beispielsweise auf der Internetpräsenz der Kampagne „TATORT Kurdistan“ zur Teilnahme an bundesweiten Protestkundgebungen aufgerufen und mobilisiert.

Aber auch türkische Linksextremisten mobilisieren ihre Mitglieder anlassbezogen zur Teilnahme an Protestkundgebungen der PKK, sofern sich die Demonstrationen gegen Interventionen der türkischen Armee in den kurdischen Siedlungsgebieten richten.

#### 4.8 Lobbyarbeit

Die PKK – vor allem die Europaführung – fordert ihre Anhängerschaft seit Jahren dazu auf, sich innerhalb politischer Parteien in den jeweiligen Gastländern zu engagieren, um diese für ihre Interessen zu gewinnen.

Im Vordergrund der Lobbyarbeit in Deutschland steht die Aufhebung des im Jahr 1993 gegen die PKK verhängten Betätigungsverbots. Außerdem möchte die PKK die derzeitige positive mediale Wahrnehmung von Kurden, insbesondere bezogen auf die syrische Schwesterpartei PYD, politisch nutzen und die deutsche Innen- und Außenpolitik zugunsten der PKK bzw. der PYD beeinflussen.

Die bereits seit mehreren Jahren praktizierte Zusammenarbeit zwischen der PKK und deutschen – in Teilen linksextremistischen – Parteien begründet sich unter anderem durch den sozialistischen Internationalismusgedanken. Demnach sollen die revolutionären Arbeiterbewegungen Aktionseinheiten im Kampf für den Sozialismus bilden.

Eine intensive und aus Sicht der PKK erfolgversprechende Zusammenarbeit findet mit der Partei DIE LINKE statt. Sie ist grundsätzlich in der Lage, die 5 %-Hürde zu überspringen, und gibt der PKK damit die Möglichkeit, politischen Einfluss auszuüben.

Zudem unterstützen deutsche – in Teilen linksextremistische – Parteien die PKK zum Beispiel durch Anmeldung von und Teilnahme an PKK-Demonstrationen sowie in Form von Redebeiträgen auf solchen Veranstaltungen.

## 4.9 Finanzierung

Die PKK treibt in Europa Gelder bei ihren hier lebenden Anhängern ein. Sie erwartet, dass die geschätzt etwa 1,5 Millionen in Europa lebenden Kurden einen finanziellen Beitrag zur Unterstützung der Organisation bzw. zur „Befreiung Kurdistans“ leisten.

Für alle Aktivisten der PKK und ihrer Nebenorganisationen stellt das Sammeln der Spendengelder einen Schwerpunkt der Parteiarbeit dar. Die sogenannte Jahresspendenkampagne („kampanya“) gehört zu den zentralen Aktivitäten der PKK und ist die wichtigste Einnahmequelle der Organisation in Europa.

Die Höhe der Beiträge richtet sich nach dem Jahreseinkommen der Spender. Während von durchschnittlich verdienenden kurdischen Familien mehrere Hundert Euro verlangt werden, erwartet man von erfolgreichen Geschäftsleuten mehrere Tausend Euro.

2017/2018 sammelte die PKK allein in Deutschland geschätzt über 15 Millionen Euro. Damit wurden die Einnahmen aus Spendengeldern in Deutschland in den letzten zehn Jahren nahezu verdreifacht.

Es ist davon auszugehen, dass ein Teil der Spendensumme auch zur finanziellen Unterstützung an die Guerillaeinheiten der PKK in der Krisenregion weitergeleitet wird. Darüber hinaus dienen die Gelder der Finanzierung der PKK-Strukturen in Europa, der Türkei und in den übrigen kurdischen Siedlungsgebieten im Nahen Osten. Ferner profitiert der PKK-Medienapparat von den Einnahmen.

Weitere Einkünfte erzielt die PKK aus Mitgliedsbeiträgen, dem Vertrieb von Publikationen und aus Veranstaltungen.

Im Finanzsystem der PKK stellt das „Wirtschafts- und Finanzbüro“ (EMB) ein wichtiges Element dar. Das EMB ist eine Einrichtung der in Deutschland verbotenen PKK-Europaführung. Funktionäre dieser Organisationseinheit kontrollieren die Einnahmen und Ausgaben der einzelnen PKK-Gebiete und koordinieren die Bargeldtransporte in Deutschland und Europa.

## 5 Fazit

Die PKK ist noch immer die mitgliederstärkste und schlagkräftigste nichtislamistische extremistische Ausländerorganisation in Deutschland. Sie ist in der Lage, Personen weit über den Kreis der eigenen Anhängerschaft hinaus zu mobilisieren.

Wesentliche Aufgabe der PKK in Deutschland ist die Sammlung von Geldern zur Finanzierung und Aufrechterhaltung der Or-



ganisationsstrukturen. Zudem ist die PKK bestrebt, ihre Veranstaltungen und jährlichen Festivals mit hohen Teilnehmerzahlen durchzuführen. Die Organisation wird auch weiterhin versuchen, ihre Bemühungen auf der politischen Ebene zu intensivieren, um als legitimer Vertreter und Ansprechpartner in der „Kurdenfrage“ anerkannt zu werden.

Ereignisse und krisenhafte Entwicklungen in der Türkei und den Heimatregionen der Kurden können unmittelbare Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Deutschland haben. Mit einem dadurch oftmals erhöhten Demonstrationsaufkommen von Anhängern der PKK steigt das Risiko von gegenseitigen Provokationen – insbesondere mit nationalistischen bzw. rechtsextremistischen Türken – und entsprechenden Zusammenstößen. Zudem erhöht sich die Wahrscheinlichkeit militanter Aktionen gegen türkische (halb-)staatliche Einrichtungen.

Die PKK hat auch weiterhin ein ambivalentes Verhältnis zur Gewalt. Einem militärischen Auftreten im türkisch-irakischen bzw. türkisch-syrischen Grenzgebiet steht ein grundsätzlich friedliches Vorgehen in Deutschland bzw. Europa gegenüber. Dieses Vorgehen wird aktuell von der Überzeugung geleitet, sich europäische Staaten als Ruhe- und Rückzugsräume zu bewahren. Die PKK ist aber nach wie vor in der Lage und bereit, Gewalt zumindest punktuell auch in Deutschland einzusetzen bzw. Gewalttaten ihrer jugendlichen Anhänger zu dulden. Wenngleich in Europa zuletzt friedliche Veranstaltungen im Vordergrund standen, bleibt die Ausübung von Gewalt eine – auch strategische – Option der PKK-Ideologie.

Die Situation in Deutschland erscheint weiterhin maßgeblich von der Lageentwicklung in der Türkei und Syrien abhängig. Solange in den kurdischen Siedlungsgebieten militärische Auseinandersetzungen zwischen der türkischen Armee und PKK-Guerillaeinheiten anhalten, wird die PKK ihre Rekrutierungsaktivitäten unvermindert fortsetzen.

Das künftige Verhalten der PKK dürfte insbesondere davon abhängen, ob die türkische Regierung (dauerhaft) Zugang zu Abdullah Öcalan gewährt. Erwartet wird nicht nur die Wiederaufnahme einer kontinuierlichen Kontaktmöglichkeit Öcalans zu seinen Familienangehörigen, sondern auch zu seinen Anwälten sowie politischen Vertretern der Kurden. Ziel der PKK ist es vor allem, Öcalan erneut zu einem politischen Akteur aufzuwerten, der im unmittelbaren Dialog und auf Augenhöhe mit der türkischen Regierung Verhandlungen führen kann.

Solange die PKK ihre terroristischen Aktivitäten in der Türkei einschließlich der darauf gerichteten Vorbereitungshandlungen in Europa fortsetzt und somit auch in Deutschland weiterhin mit einem Betätigungsverbot belegt ist, wird sie eines der zentralen Beobachtungsobjekte der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern bleiben.

## Übersicht der bestandskräftigen Verbote gegen PKK-Strukturen in Deutschland seit 1993

| Verbotsobjekt   | Verbotsbehörde | Datum <sup>13</sup> |
|---|----------------|---------------------|
| Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) <sup>14</sup>   | BMI            | 22.11.1993          |
| Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) <sup>15</sup>   | BMI            | 22.11.1993          |
| Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (FEYKA-KURDISTAN) | BMI            | 22.11.1993          |
| Berxwedan Verlags GmbH, einschließlich Kurdistan-Haber Ajansi-News-Agency (Kurd-Ha)   | BMI            | 22.11.1993          |
| Kurdistan-Komitee e.V.  | BMI            | 22.11.1993          |
| Kurdistan Kultur-Centrum, Ingolstadt  | IM Bayern      | 16.02.1995          |
| Komala Kurdistan – Kurdische Unabhängigkeit – Internationale Freundschaft e.V., München   | IM Bayern      | 16.02.1995          |

<sup>13</sup> Datum der Verbotsverfügung.

<sup>14</sup> Das Verbot gilt auch, insoweit die PKK unter den Bezeichnungen KADEK, KONGRA-GEL, KKK und/oder KCK auftritt.

<sup>15</sup> Das Verbot gilt auch, insoweit die EMRK unter den Bezeichnungen YDK, CDK, KCD-E und/oder KCDK-E auftritt.

| Verbotsobjekt  | Verbotsbehörde       | Datum      |
|--|----------------------|------------|
| Kurdistan Kunst- und Kulturzentrum Nürnberg und Umgebung e.V., Nürnberg          | IM Bayern            | 16.02.1995 |
| Kurdisch-Deutsches Kulturzentrum Ingolstadt                                      | IM Bayern            | 16.02.1995 |
| Kurdisch-Deutscher Kulturverein Nürnberg und Umgebung                            | IM Bayern            | 16.02.1995 |
| Kurdistan-Informationsbüro (KIB) alias Kurdistan-Informationsbüro in Deutschland | BMI                  | 20.02.1995 |
| Hevalti Kurdisch-Deutscher-Verein für Völkerfreundschaft Bremen e.V.             | Innensenator Bremen  | 01.11.1995 |
| Kurdischer Elternverein e.V., München  | IM Bayern            | 30.11.1995 |
| Kultur- und Unterstützungsverein des kurdischen Volkes e.V., Frankfurt/Main      | IM Hessen            | 30.11.1995 |
| Kurdistan Informationszentrum Frankfurt a.M. e.V.                                | IM Hessen            | 30.11.1995 |
| Deutsch-Kurdischer Freundschaftsverein Stuttgart                                 | IM Baden-Württemberg | 26.04.1996 |

| <b>Verbotsobjekt</b>                                  | <b>Verbotsbehörde</b>  | <b>Datum</b> |
|---|------------------------|--------------|
| Bremer Volkskulturverein e.V.                         | Innensenator<br>Bremen | 22.09.1997   |
| Kurdisch-Deutscher<br>Solidaritätsverein e.V., Bremen | Innensenator<br>Bremen | 09.04.1998   |
| Internationales Bürgerhaus<br>Frankfurt/Main e.V.     | IM Hessen              | 20.08.1998   |
| Mesopotamia Broadcast A/S                             | BMI                    | 13.06.2008   |
| ROJ TV A/S  | BMI                    | 13.06.2008   |
| VIKO Fernseh Produktion<br>GmbH                       | BMI                    | 13.06.2008   |





## Impressum

### Herausgeber

Bundesamt für Verfassungsschutz

Öffentlichkeitsarbeit

Merianstraße 100

50765 Köln

[oeffentlichkeitsarbeit@bfv.bund.de](mailto:oeffentlichkeitsarbeit@bfv.bund.de)

[www.verfassungsschutz.de](http://www.verfassungsschutz.de)

Tel.: +49(0) 221/792-0

Fax: +49(0) 221/792-2915

### Gestaltung und Druck

Bundesamt für Verfassungsschutz

Print- und MedienCenter

### Bildnachweis

© epa-Bildfunk

© dpa

© dpa-infografik

© dpa

© picture alliance/Marcel Kusch/dpa

© picture alliance

© picture alliance/NurPhoto

© picture alliance/Geisler-Fotopress

© dpa

© dpa

© picture alliance/Geisler-Fotopress

© BfV

### Stand

Februar 2019

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwandt werden.



Bundesamt für  
Verfassungsschutz

# Im **Verborgenen** **Gutes** tun!

## Sinnvolle und sichere Jobs

im Inlandsnachrichtendienst

Jetzt  
auf eine von  
vielen freien  
Stellen  
bewerben!

Was wir bieten, wen wir suchen:

[www.verfassungsschutz.de/karriere](http://www.verfassungsschutz.de/karriere)



**Weitere Informationen zum Verfassungsschutz finden Sie hier:**

[www.verfassungsschutz.de](http://www.verfassungsschutz.de)

